

Kurzgutachten Peter Lanzet

SCHADENS- **MELDUNGEN!**

Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer

Einnahmen aus Finanztransaktionssteuer
auch für Entwicklung und Umwelt nutzen

Inhalt

Zusammenfassung	3
Einleitung	4
Schadensmeldungen	5
Die Europäische Finanztransaktionssteuer	5
Ansteckungswege der Eurokrise	6
Die wirtschaftliche Ausgangssituation	6
Schadensmeldung 1: Wachstumseinbruch	7
Schadensmeldung 2: Exportrückgang	9
Schadensmeldung 3: Währungsverfall und Verlust an Devisenreserven	10
Schadensmeldung 4: Kapitalabfluss	11
Schadensmeldung 5: Rückgang des Tourismus	11
Schadensmeldung 6: Migrantenüberweisungen rückläufig	12
Schadensmeldung 7: Rückgang von Direktinvestitionen	13
Schadensmeldung 8: Kapitalzuflüsse sinken	15
Schadensmeldung 9: Leistungsbilanzverluste	16
Schadensmeldung 10: Zunahme der Verschuldung	17
Schadensmeldung 11: Einbruch der Entwicklungshilfe	18
Fazit	20
Fußnoten	21
Ressourcen	22
Abkürzungen	23
Über den Autor	23

Impressum:



Schadensmeldungen! Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer
Einnahmen aus Finanztransaktionssteuer auch für Entwicklung und Umwelt nutzen

Autor: Peter Lanzet, Redaktion: Peter Wahl, Gestaltung: martinbrombacher.de
Berlin, Juni 2013

➔ Zusammenfassung ➔

Die Eurokrise hat in den Entwicklungsländern erhebliche Schäden angerichtet. Nachdem die globale Finanzkrise von 2007 bereits zu schweren Belastungen geführt hatte, kam ab 2010 die Eurokrise dazu und hat ihrerseits die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Südens gebremst.

- ▶ Die Verluste beim Wirtschaftswachstum für alle Entwicklungsländer betragen 2012 237,6 Mrd. USD;
- ▶ Afrikanische Entwicklungsländer reagierten mit einem Rückgang von 10% ihrer Exporte auf jedes Prozent Wachstumsrückgang in Europa;
- ▶ Währungsverluste:
 - Ein Drittel der Währungen der Länder Afrikas südlich der Sahara verloren 2011 10% ihres Wertes (Kenia 13%, Tansania 7%, Uganda 18%);
 - Um dem durch Kapitalflucht verursachten Währungsverfall entgegen zu wirken, mussten die Länder in Südasien ihre Devisenreserven einsetzen;
 - Kapitalabfluss ab September 2011 bescherte den Währungen Brasiliens, Mexikos, Chiles und Kolumbiens einen Wertverlust von 10%.
- ▶ Der Tourismus in Afrika südlich der Sahara ging 2011 um 3% zurück;
- ▶ 13 Niedrig- und Untere Mitteleinkommensländer, die viele Arbeitsmigranten in die EU schicken, haben Überweisungseinbußen hinnehmen müssen. Bis 2012 wurde das Niveau von 2008 nicht wieder erreicht;
- ▶ Rückgang ausländischer Direktinvestitionen (ADI):
 - von 2011 auf 2012 ca. 100 Mrd. USD geringere ADI Zuflüsse in die Entwicklungsländer, davon ca. 23 Mrd. USD pro Jahr (gut 40%) in Afrika;
 - um 150 Mrd. USD verminderte Zuflüsse von Bankkrediten;
 - ca. 100 Mrd. USD weniger Portfolio-Zuflüsse auf die Finanzmärkte der Entwicklungsländer;
 - ca. 250 Mrd. USD mehr Nettokapitalabfluss aus den Entwicklungsländern.

▶ Von einer Verlangsamung des Wachstums in China können die chinesischen Direktinvestitionen betroffen sein. Das kann in Angola, der DR Kongo, Niger, Myanmar, Kambodscha und Laos einen Schock auslösen, da diese Länder 80% der chinesischen Investitionen in Niedrigeinkommensländern auf sich vereinigen;

▶ 13 afrikanische Niedrigeinkommensländer haben 2010 ein gegenüber 2007 stark gewachsenes Leistungsbilanzdefizit, acht davon liegen über 10%;

▶ Die krisenvorbeugende Aufstockung von Devisenreserven vieler Entwicklungsländer hat Investitionen in die Wirtschafts- und Sozialentwicklung gebremst, da diese Mittel nicht mehr für Entwicklung zur Verfügung standen;

▶ Mehrere Entwicklungsländer mussten sich höher verschulden, um allzu große Haushaltsdefizite zu vermeiden;

▶ In mehreren Geberländern ist die Entwicklungshilfe bereits gesunken, ab 2013 wird sie global stagnieren.

Aus all diesen Gründen sind die EU, die Eurozone und ihre Mitgliedsstaaten in besonderem Maße in der Pflicht, zur Abmilderung der Folgen der von ihnen zu verantwortenden Krise auf die Entwicklungsländer beizutragen. Das Verursacherprinzip kann nicht an den Grenzen der EU Halt machen. Zudem liegt es im Interesse der Europäer, wenn ihr weltwirtschaftliches Umfeld stabil bleibt. Andernfalls kann eine Spirale nach unten in Gang gesetzt werden, die eine Überwindung der Eurokrise noch erschwert. Daher muss ein Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer, die jetzt im Rahmen der sog. *Verstärkten Zusammenarbeit* von elf EU-Mitgliedsstaaten vorbereitet wird, zur Finanzierung von Umwelt und Entwicklung bereit gestellt werden.

➔ Einleitung ➔

In den Entwicklungsländern ist noch über Jahrzehnte ein solides Wachstum in allen Sektoren der Wirtschaft erforderlich. Die Finanz- und Eurokrise hat viele von ihnen ein beträchtliches Stück zurückgeworfen. Jetzt brauchen sie die Unterstützung derjenigen, die

- die Möglichkeit dazu haben,
- und die eine erhebliche Mitschuld an den Schäden haben, die durch Finanz- und Eurokrise aufgetreten sind.

Fast alle Entwicklungsländer wachsen über 5% pro Jahr. Das ist auch ein Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit, die über Jahrzehnte Grundlagen- und Aufbauarbeit in allen Sektoren geleistet hat. Afrika hat sein Steueraufkommen von 2002 bis 2011 auf 520 Mio. USD verdreifacht. Sieben Länder Südlich der Sahara werden in den nächsten fünf Jahren zu den am schnellsten wachsenden Ländern der Welt gehören. Dabei haben auch Länder ohne Öl- oder Goldvorkommen große Fortschritte gemacht. Das Millenniumsentwicklungsziel der Primarschulbildung ist für Afrika in Reichweite, die großen AIDS-Programme haben greifbare Erfolge erzielt.¹

Gut die Hälfte aller Menschen (3,76 Mrd.) lebt aber weiterhin von weniger als zwei USD pro Tag, davon 1,29 Mrd. auf dem Elendsniveau von unter 1,25 USD. Einige Millenniumsentwicklungsziele werden 2015 besser als andere erreicht werden. Asien, vor allem China, trägt überproportional zur Zielerreichung bei. Afrika und Südasien werden auch weiterhin die größten Armutsbevölkerungen beherbergen.

Aus ganz Europa setzen sich seit Mitte der 90er Jahre Entwicklungspolitiker, heterodoxe Ökonomen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) ein. Jeweils ein Drittel des Aufkommens der FTS soll für Entwicklungszusammenarbeit und zur Herstellung von Klimagerechtigkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die Eurokrise hat zu dramatischen Verwerfungen in den Krisenländern der Eurozone geführt. Griechenland, Portugal, Spanien befinden sich de facto in ei-

ner Depression. Auch die Situation in Italien, Irland, Zypern und Slowenien ist äußerst kritisch. Als Ganzes steht die Eurozone 2013 vor einer Rezession und selbst die vermeintlich robusten Volkswirtschaften wie die deutsche werden günstigstenfalls nur minimal über der Stagnation liegen. Die Krise der öffentlichen Haushalte vor allem in Südeuropa ist ungelöst. Das bisherige Krisenmanagement konnte die Lage nicht unter Kontrolle bringen. Ein Ende der Probleme ist nicht abzusehen.

Angesichts der engen Verflechtungen in der Weltwirtschaft und der bedeutenden Rolle, die Europa darin spielt, wirkt sich die Krise auf die gesamte Weltwirtschaft aus. Während andere Industrieländer und einige Schwellenländer über eigene Ressourcen und Instrumente verfügen, die Krise zu bekämpfen, ist dies bei vielen Entwicklungsländern nicht der Fall. Europa ist die wichtigste Exportdestination für nicht wenige der armen Länder.² Sie haben zur Entstehung der Krise nicht beigetragen, der Internationale Währungsfonds (IWF) nennt sie in Bezug auf die Krise sogar „zufällig Anwesende (*innocent bystanders*).“ Europa muss daher seine Verantwortung für die Schäden wahrnehmen, die es verursacht hat.

Das entscheidende Argument dafür ist das Verursacherprinzip. Abstrakt wird es von fast allen politischen Lagern anerkannt. Aber es fehlt das Verständnis dafür, dass dieses Prinzip nicht an den EU-Außengrenzen enden kann. Je enger Entwicklungsländer wirtschaftlich mit Europa verbunden sind, desto größere Schäden hat die europäische Krise auch bei ihnen angerichtet. Es kann eine Spirale nach unten entstehen, in der die endogene Entwicklung der Eurokrise und das internationale Umfeld sich wechselseitig und negativ verstärken. Daher ist es nicht nur eine Frage der Verantwortung Europas gegenüber den schwächeren Akteuren in der Weltwirtschaft, wenn die Unterstützung von Entwicklungsländern Teil des gesamten Krisenmanagements ist, sondern liegt auch in dessen Eigeninteresse.

Im folgenden Text stehen die ökonomischen und z.T. sozialen Konsequenzen der Eurokrise für Entwicklungsländer im Mittelpunkt. Allerdings wirkt die Krise auch darüber hinaus auf andere Problemlagen,

wie z.B. die Umwelt. Insbesondere absorbiert die Krise die Fähigkeit der Entwicklungsländer, die unabhängig und schon lange vor Finanz- und Eurokrise bestehenden Herausforderungen wie Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt, Wüstenbildung, Verschmutzung von Flüssen und Ozeanen etc. zu bekämpfen. Die Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, reichen bei weitem nicht.³ Die Klimaverhandlungen zur Fortführung des Kyoto-Protokolls stagnieren, während die physikalischen und chemischen Prozesse der Klimaerwärmung unberührt von den Schwierigkeiten multilateraler Verhandlungen weitergehen und die Welt sich auf eine Erwärmung um 4 Grad Celsius zubewegt. Die ungebrochene Degradation der Umwelt wirkt auf die soziale und ökonomische Situation

der Entwicklungsländer zurück und trifft hier wiederum die verwundbarsten Gruppen der Bevölkerung besonders hart. Umwelt und Entwicklung sind deshalb zwei Seiten einer Medaille. Sinken die finanziellen Ressourcen – und das gilt gleichermaßen für den Staatshaushalt, den Privatsektor und die Haushalte – so schränkt das die Spielräume für Klimaschutzmaßnahmen weiter ein. Die Verwendung von Einnahmen aus der FTS sowohl zur Armutsbekämpfung als auch zur internationalen Klimafinanzierung ist die logische Konsequenz daraus. Wenn in diesem Text von den ökonomischen und sozialen Problemen der Entwicklungsländer die Rede ist, so sind die ökologischen Dimensionen daher immer als integraler Bestandteil mitzudenken.

Schadensmeldung

Der vorliegende Bericht identifiziert entstandene Verluste am Entwicklungsfortschritt in den Entwicklungsländern und formuliert Schadensmeldungen. Nach dem Verursacherprinzip müssen Politik und Finanzmärkte Verantwortung für die angerichteten „Kollateralschäden“ übernehmen und einen Beitrag zu Ihrer Behebung leisten. Die Ausschüsse für Auswärtiges und Entwicklung des Europäischen Parlaments bereiten z. Zt. auf dieser Argumentationsbasis eine Resolution für das Europäische Parlament vor. Die Europa-Parlamentarier fordern eine globale Finanztransaktionssteuer, „die als innovativer Finanzierungsmechanismus für Entwicklung und zur universalen Durchsetzung ökonomischer und sozialer Rechte dienen kann.“⁴

Frankreich, das bereits 2012 eine unilaterale Finanztransaktionssteuer eingeführt hatte, will bis zu 10% der Einnahmen für Umwelt und Entwicklung zur Verfügung stellen. Anfang 2013 hat die EU grünes Licht für die Einführung der FTS im Rahmen der

Verstärkten Zusammenarbeit (*Enhanced Cooperation*⁵) gegeben. Dies ist ein Verfahren, das es einer Gruppe von mindestens neun Mitgliedsländern erlaubt, ein Projekt im Rahmen der EU-Regeln durchzuführen, auch wenn die anderen sich nicht daran beteiligen. Inzwischen haben sich elf Länder der Initiative angeschlossen.⁶

Die Europäische Finanztransaktionssteuer

Die EU-Kommission erarbeitete einen Vorschlag, der den Vorstellungen der Zivilgesellschaft recht nahekommt. Er sieht eine breite Steuerbasis vor (Aktien, Anleihen, Derivate), schlägt einen Steuersatz von 0,1% für Aktien und Anleihen sowie 0,01% für Derivate vor. Zudem sind weitgehende Maßnahmen gegen Steuerumgehung vorgesehen. Das zu erwartende Gesamtaufkommen der FTS in elf Ländern soll zwischen 30-35 Mrd. Euro pro Jahr liegen.^{7,8}

Nun ist die Diskussion über die künftige Verwendung der Mittel entbrannt. EU-Parlament und Kommission wollen die Einnahmen ins EU-Budget fließen lassen. Außer bei Frankreich gibt es dagegen erhebliche Vorbehalte bei den anderen Ländern, einschließlich Deutschlands. Frankreich steht der Forderung von Entwicklungshilfsorganisationen offen gegenüber, bis zu 10% des Aufkommens für die Entwicklungshilfe zu nutzen.⁹ Frankreichs Präsident François Hollande sprach sich dafür aus, einen weiteren Teil der Mittel für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa auszugeben. Auch die Bundeskanzlerin kann sich vorstellen, einen Teil der Mittel dafür zu verwenden. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück will mit den Einnahmen aus der FTS teils dringend nötige Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Europa setzen, teils Auffang- und Vorsorgelösungen für Krisen im Bankensektor finanzieren und Schuldendienste leisten.¹⁰

Inzwischen haben sich die drei Oppositionsparteien im Bundestag dafür ausgesprochen, einen Teil der Einnahmen für Entwicklungs- und Umweltfinanzierung zu verwenden.¹¹ Auch Entwicklungsminister Niebel möchte, dass ein Teil der Steuereinnahmen in sein Budget fließt.

Ansteckungswege der Eurokrise

Mit der Globalisierungswelle der letzten Jahrzehnte haben die Verflechtungen in der Weltwirtschaft eine neue Qualität bekommen. Die Verbindungen sind so zahlreich, intensiv und komplex geworden, dass Veränderungen in einem Land oder in einer Region unweigerlich Auswirkungen auf andere Länder und Regionen haben. Bei größeren Krisen wird die gesamte Weltwirtschaft erfasst, wie beim Einbruch der Weltkonjunktur nach dem Finanzcrash 2008. Dabei haben die meisten Entwicklungsländer das zusätzliche Problem, dass ihre Volkswirtschaften gegenüber externen Schocks besonders verwundbar sind.

Untersucht werden im vorliegenden Text insbesondere die von der Eurokrise verursachten Entwicklungen in den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs), Niedrigeinkommensländern (LICs) bzw. den Unteren Mitteleinkommensländern (LMICs). Das sind insgesamt 94 Länder auf der Liste des Entwicklungskomitees der OECD, in denen das Brutto-

inlandsprodukt pro Kopf 2010 die Summe von 3.750 USD nicht übertraf. Das britische *Overseas Development Institute (ODI)* hat im Mai 2012 zur Frage der Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer eine Studie veröffentlicht, auf die hier u.a. Bezug genommen wird.

Die wirtschaftliche Ausgangssituation

Die konjunkturellen Vorhersagen des IWF, der OECD, der UNCTAD oder der UN/DESA spielen eine orientierende Rolle für Wirtschaftsplaner und Investoren. Gegenwärtig wird sowohl beim IWF als auch im UN-Spektrum vor einem sehr verzögerten Aufschwung bzw. vor den Risiken eines weiteren Abschwungs gewarnt.¹²

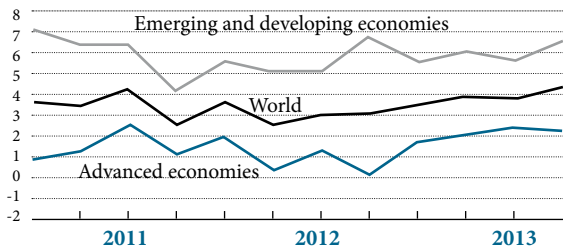
Gleichzeitig sehen IWF/Weltbank und die UN die wirtschaftlichen Aussichten in den Entwicklungsländern als insgesamt ermutigend an. Beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP, ermittelt auf USD-Basis) wird von 5,9% ausgegangen, beim pro-Kopf BIP (ermittelt auf Basis lokaler Währungen) von 3,3%.¹³ Unter anderem in der Weltbank diskutieren Experten mögliche Rezessionsszenarien mit Auswirkungen auf die Entwicklungsländer.¹⁴

- Ausschluss weiterer europäischer Volkswirtschaften (Zypern, Malta, Spanien, Irland) vom Zugang zu den Finanzmärkten mit negativen Auswirkungen auf die Wachstumschancen in allen Euroländern und darüber hinaus;
- Die sich erholende Konjunktur in den USA und anderen Industrieländern wird durch einseitige und überzogene Austeritätspolitik abgewürgt;
- Die hohen Investitionsraten Chinas schmelzen aufgrund von Nachfrageschwächen ab;
- Ansteigen der Energiepreise.

Schadensmeldung 1

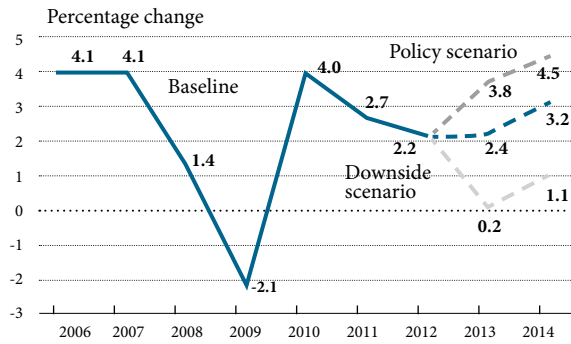
Wachstumseinbruch

Grafik 1: Globales BIP-Wachstum



Quelle: IMF staff estimates

Grafik 2: Konjunkturaussichten prekär



Quelle: UN/DESA

Tabelle 1: Ländergruppe/ BIP Veränderungen/Jahr

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zentral- und Osteuropa	6.4	3.1	-3.6	4.5	5.2	1.9	2.5	3.1	3.4	3.7	3.7
Asiatische Entwicklungsländer	10.3	7.9	6.9	9.5	7.7	6.6	7.1	7.4	7.6	7.6	7.6
Lateinamerika und Karibik	5.6	4.2	-1.5	6.1	4.5	3.1	3.8	4.0	4.0	3.9	3.9
Mittlerer Osten und Nord Afrika	6.2	4.5	2.5	5.0	3.2	5.2	3.6	3.8	4.3	4.4	4.5
Afrika südl. der Sahara	6.4	5.5	2.7	5.3	5.1	4.9	5.7	5.5	5.7	5.6	5.7

Quelle: IWF/WEO Database 2012

Tabelle 2: Verlust der Wirtschaftsleistung 2012 - 2013

Weltkonjunkturdaten: Das UN/DESA (Department of Economic and Social Affairs) geht von drei möglichen Weltkonjunkturszenarien für 2013/2014 aus, wobei es die Abschwungsriskien als genauso wahrscheinlich bezeichnet, wie die Chancen des Aufschwungs. Grund ist die starke Abhängigkeit des Aufschwungs von der Nachfrage aus den Industrieländern, gerade auch von den Euroländern sowie die Möglichkeit erheblicher Preisschwankungen für Wirtschafts- und Verbrauchsgüter und bei den Kosten für Kredite und Kreditausfallversicherungen.

Die folgenden Zahlen (Tab.1) verdeutlichen, dass die Wachstumsraten in den Entwicklungs- und Schwellenländern insgesamt und in den Ländern Afrikas südlich der Sahara den Stand von vor 2007 auch in den kommenden Jahren nicht erreichen werden. Sie haben als Folge der Finanz- und der Eurokrise Wachstumseinbrüche von zwischen 1,5 und 4,5% bezogen auf das BIP von 2006 zu verkraften.

Die BIP- Verluste 2011 für alle Entwicklungsländer betragen 237,6 Mrd. USD.

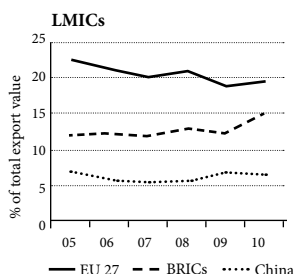
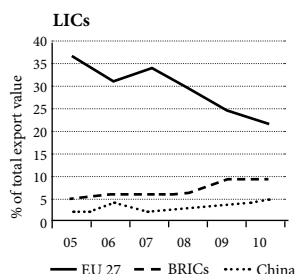
Region	BIP-Verlust in USD Mrd.
Welt insgesamt	-1,168.7
Entwicklungsländer	-237.6
Ost Asien & Pazifik	-47.1
Europa & Zentral Asien	-36.5
Lateinamerika & Karibik	-25.1
Mittlerer Osten NA	-47.4
Afrika Südl. Sahara	-5.3
Südasien	-61.8

Quelle: ODI, 2012:44

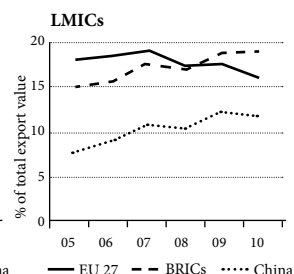
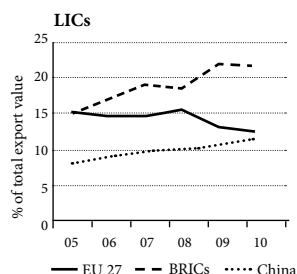
Auf der Basis von Weltbank-Daten kommen die Autoren der ODI-Studie für 2011 zu erheblichen BIP-Verlusten, wobei die Verluste der Länder Afrikas südlich der Sahara noch vergleichsweise gering ausfallen etwa im Vergleich zu Südasiens.

Grafik 3: Handel der LIC/LMIC Länder mit EU, BRICs und China

Anteil der LIC/LMIC-Länder in Richtung EU BRICs und China



Anteil ihrer Importe



Anfälligkeitsindikatoren

Handel: Trotz der zunehmenden Bedeutung des Chinahandels der Niedrig- und Unteren Mitteleinkommensländer behält deren Handel mit der EU noch das größere Volumen (Daten bis 2010, Quelle ODI). Aber die abnehmende Tendenz ist eindeutig (s. Grafik 3).

17 Niedrig- und Untere Mitteleinkommensländer wickeln über 25% ihrer gesamten Im- bzw. Exporte mit der EU ab und 15 Länder erwirtschaften über 5% ihrer Wirtschaftsleistung durch den Export in die EU (siehe Tab. 3 und Grafik 4).

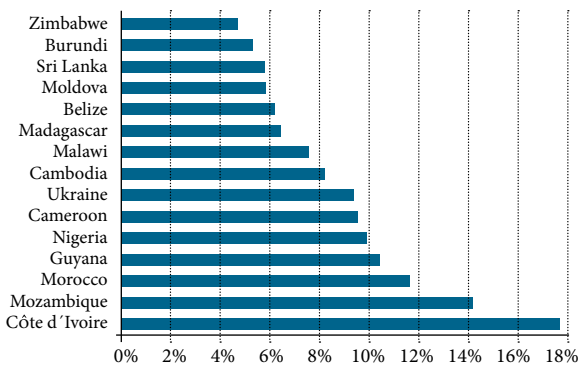
Tabelle 3: LICs/LMICs mit hoher Handelsabhängigkeit von der EU

Reporting country	Group	% of total exports to EU27, 2010	Reporting country	Group	% of total imports to EU27, 2010
Cape Verde	LMIC	94.1	Cape Verde	LMIC	78.1
São Tomé and Príncipe	LMIC	81.5	São Tomé and Príncipe	LMIC	66.8
Mozambique	LIC	62.4	Morocco	LMIC	49.2
Morocco	LIC	60.1	Moldova	LMIC	44.2
Cameroon	LMIC	59.7	Senegal	LMIC	46.5
Gambia, The	LIC	55.2	Togo	LIC	44.2
Armenia	LMIC	49.8	Egypt, Arap Rep.	LMIC	43.6
Côte d'Ivoire	LMIC	39.1	Cameroon	LMIC	39.9
Moldovia	LMIC	36.8	Ukraine	LMIC	32.3
Malawi	LIC	36.8	Ghana	LMIC	31.6
Sri Lanka	LMIC	35.0	Mozambique	LIC	31.4
Belize	LMIC	31.3	Burkina Faso	LIC	30.6
Burundi	LIC	31.0	Gambia, The	LIC	30.2
Uganda	LIC	31.0	Georgia	LMIC	28.4
Egypt, Arap Rep.	LMIC	30.3	Burundi	LIC	28.2
Ethiopia	LIC	29.5	Armenia	LMIC	25.6

Quelle: ODI 2012

Länder, die primär nach Europa exportieren und sich auf einige wenige stark konjunkturabhängige Produkte spezialisiert haben, sind den Auswirkungen der Eurokrise am schutzlosesten ausgeliefert. In Afrika gehören zu diesen Länder auch die Öl-, Bodenschatz-, Baumwoll- und Kakaoproduzenten (ODI, 2012: 4-6).

Grafik 4: Länder mit über 5% BIP aus Export in die EU



Quelle: ODI 2012

Die Elfenbeinküste, Mosambik, Marokko, Guyana, Nigeria, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Burundi, Zimbabwe, die Kap Verden und Sao Tomé und Príncipe in Afrika sowie die Ukraine, Moldau, Kambodscha, Belize und Sri Lanka können über ihren Außenhandel von den krisenhaften Entwicklungen in der EU und der Eurozone sehr leicht angesteckt werden.

Dabei reagieren Luxusgüterexporte anfälliger auf Nachfrageeinbrüche als Güter des täglichen Bedarfs. Außerdem reagiert die globalisierte Wertschöpfung in multinationalen Produktionsketten empfindlicher auf Störungen und Ausfälle als eher traditionelle Formen der Wertschöpfung.

Schon als Folge der Finanzkrise 2007 war der Afrikanische Handel um 30% geschrumpft. Vor allem die nordafrikanischen Länder waren betroffen. Sie schicken 58% ihres Exports in die EU. Auch die Länder der *Communauté Financière Africaine (CFA)*, die 36,4% ihres Exports in die EU einführen, mussten einen Rückgang ihres Handels hinnehmen. Ähnliches gilt für Inseln wie die Seychellen, Kap Verden und Mauritius, die stark vom Tourismus abhängen. Die Afrikanische Entwicklungsbank sah 2011 afrikanische Handelsrisiken wie folgt konzentriert:

Tabelle 4: Afrikanische Handelsrisiken aufgrund regionaler Konzentration 2011

	% of total exports to EU (2008)	Export Destination Concentration Index (avg. 2008-2010)	Export Concentration Index (avg. 2008-2010)
North Africa	58.1	36.1	45.0
CFA Franc Zone	36.4	36.4	23.4
West Africa	28.5	39.0	58.6
Southern Africa	27.1	48.9	14.1
Central Africa	26.9	56.0	83.4
East Africa	17.3	39.4	13.6
Africa	40.1	42.2	42.1

Quelle: AfDB 2011

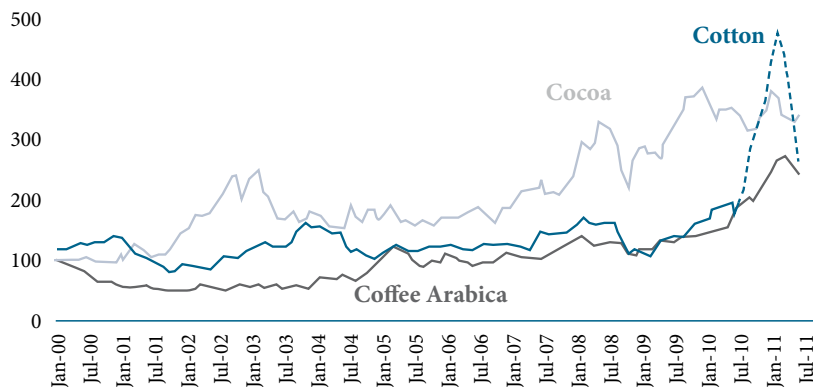
➔ Schadensmeldung 2 ➔ Exportrückgang

Mitte 2011 verlieren wichtige afrikanische Exportprodukte erheblich an Wert. Die Afrikanische Entwicklungsbank schätzt, dass ein Prozent BIP-Rückgang in den OECD-Ländern bei Afrikanischen Ländern zu einem 10%igen Rückgang des Exports und 2,5%igen Importrückgang führt.

Instabile Währungen:

Afrika Südlich der Sahara: 27 Länder haben ihre Währungen eng an den Euro gekoppelt, 13 weitere binden ihre Währungen z.T. an den Dollar, z.T. an den Euro. Bekannt unter ersteren sind z.B. die sechs westafrikanischen und acht zentralafrikanischen Länder der CFA, die weiterhin eng an die französi-

Grafik 5: Exportpreise wichtiger afrikanischer Exportprodukte



Quelle: AfDB 2011

sche Wirtschaft angeschlossen sind und den direkt an den Euro gebundenen Franc CFA als Zahlungsmittel verwenden. Wie die Eurozone insgesamt, so konnten sie die Schwäche des Außenwertes des Euro in 2010 und 2012 für günstigere Exporte von Petroleum, Koka, Kaffee, Erdnüsse außerhalb der Eurozone nutzen.

Je nach Wettbewerbsfähigkeit ist ihr Export bei einem stärkeren Euro rückläufig und kann nicht durch vermehrte Exporte in die Eurozone ersetzt werden,

wenn die Nachfrage von dort stagniert. Im Grunde geht es ihnen ähnlich wie den Mitgliedsländern der Eurozone, die durch die Einheitswährung ihre Wechselkurshoheit aufgeben haben. Im Krisenfall fehlt ihnen dann, ähnlich wie Griechenland, Portugal, Spanien etc. die Möglichkeit, durch Abwertung ihren Export zu stützen.

➔ **Schadensmeldung 3** ➔

Währungsverfall und Verlust an Devisenreserven

Wegen des Verfalls der Preise für Güter und Dienstleistungen verloren ein Drittel der Währungen in den Ländern Südlich der Sahara 10% an Wert. 2011 fiel der südafrikanische Rand um 3,2% aufgrund der geringeren Nachfrage nach den Bodenschätzen des Landes. Kenia, Tansania und Uganda mussten Wertverluste ihrer Währungen um 13%, 7% bzw. 18% hinnehmen.¹⁵ Die Währungen der Seychellen und von Mauritius sind vom Rückgang des Tourismus betroffen. Alle Öl-importierenden Länder mussten aufgrund ihrer wachsenden Ölrechnungen Wertverluste hinnehmen.

Südasien: 40% der Exporte aus Südasiens gehen in die EU, hauptsächlich nach Deutschland und Frankreich. Bangladesch, Sri Lanka und die Malediven spüren Marktveränderungen in Europa direkt.

Um im Herbst 2011 dem durch Kapitalflucht verursachten Währungsverfall entgegenzuwirken, mussten die Länder in Südasiens ihre Devisenreserven einsetzen, was ihre Währungen erneut schwächte.

Lateinamerika und die Karibik exportieren 15% ihrer Außenhandelsgüter nach Europa. Ihre Exportwachstumsraten nahmen von 2011 gegenüber 2010 nur geringfügig ab.¹⁶

➔ Schadensmeldung 4 ➔

Kapitalabfluss

Die regionalen Börsen verzeichneten ab September 2011 einen substantiellen Kapitalabfluss, der den Währungen Brasiliens, Mexikos, Chiles und Kolumbiens einen Wertverlust von 10% bescherte.

In **Ostasien**, insb. in den Philippinen, Malaysia, Indonesien und Thailand reagieren die Volkswirtschaften ebenfalls empfindlich auf Nachfrageeinbrüche der EU. Die Philippinen schicken fast die Hälfte ihrer

Exporte in drei Märkte, von denen die EU am meisten aufnimmt (20%), während die Exporte nach China (10%) stark vom erwähnten Problem der globalisierten Wertschöpfungsketten betroffen sind.

Die Ostasiatischen Währungen mussten in der Folge Kapitalabflüsse hinnehmen. Der Wert des philippinischen Peso, den es am Härtesten getroffen hat, gab von 2009 bis 2013 um gut 17% nach.^{17,18}

➔ Schadensmeldung 5 ➔

Rückgang des Tourismus

Tourismus: Die Kap Verden, Gambia, Kenia, Tansania, Mauritius, Seychellen, etc. sind diejenigen afrikanischen Niedrigeinkommensländer, die ganz besonders vom Rückgang des Tourismus betroffen sind.¹⁹ Über die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Rückgangs insgesamt entscheidet dabei auch die Exportstruktur eines Landes. Tansania ist relativ diversifiziert, hat einen relevanten Rohstoffsektor und landwirtschaftlichen Export. Das Ausbleiben von Touristen schadet demgegenüber erheblich mehr in Ländern, die auf diese Form des Dienstleistungsexports stark spezialisiert sind, wie z. B. die Kap Verden oder die Seychellen.

Die Verluste nach der Finanzkrise betragen 2010 bei den Niedrigeinkommensländern 6,2% weniger ankommende Touristen. Das Bild ist zwar insgesamt positiv, aber die Schätzungen der *World Tourism Organisation* gehen für 2011 für Afrika südlich der Sahara von einer Verlangsamung des Wachstums des Tourismus von 3% aus.²⁰

Tabelle 5: Tourismus in Prozent aller Exporte

	2006	2007	2008	2009	2010
Am wenigsten entwickelte Länder	5.7	6.5	5.9	7.2	5.5
Niedrigeinkommensländer	11.3	13.5	13.1	13.8	7.6
Untere Mittlereinkommensländer	6.7	7.0	6.5	7.2	5.3
Untere und Mittlere Einkommensländer	5.9	5.9	5.5	6.3	5.0
Mittlere Einkommensländer	5.9	5.8	5.4	6.2	4.9
Afrika Südlich der Sahara	7.4	7.4	6.4	7.6	6.9

Quelle: ODI/WDI

➔ **Schadensmeldung 6** ➔

Migrantenüberweisungen rückläufig

Migranten schicken dringend benötigte Mittel an ihre Familien für Konsum, Mieten, Bildungskosten, Anschaffungen und kleinere Investitionen, etc. In Niedrigeinkommensländern wie Bangladesch, Afghanistan, Burkina Faso, Zimbabwe, Mosambik, Mali, Haiti, Nepal, Eritrea, DR Kongo ist der Anteil der Migrantenüberweisungen an der Wirtschaftsleistung des Landes am höchsten. Für die Kap Verden, Gambia, die Philippinen und Nigeria ist die EU die wichtigste Quelle für Überweisungen ihrer Arbeitsmigranten.

Die Weltbank schreibt 2012 in Ihrem Bericht über die globalen Wirtschaftsaussichten:²¹

- Eine Vertiefung der Eurokrise würde in Südasien zu geringeren Migrantenüberweisungen, zu weniger Exporten und zu geringeren Direktinvestitionen führen;

- Die Überweisungen der Arbeitsmigranten aus El Salvador, Jamaika, Honduras, Guyana, Nicaragua, Haiti und Guatemala geraten durch die Rezession in der Eurozone unter Druck;
- Migrantenüberweisungen und Tourismuseinkünfte sind wichtige Wachstumsstimuli in Ländern wie den Philippinen oder den kleineren Inselstaaten. Die Rezession in der Eurozone reduziert diese Einkünfte z.T. erheblich.

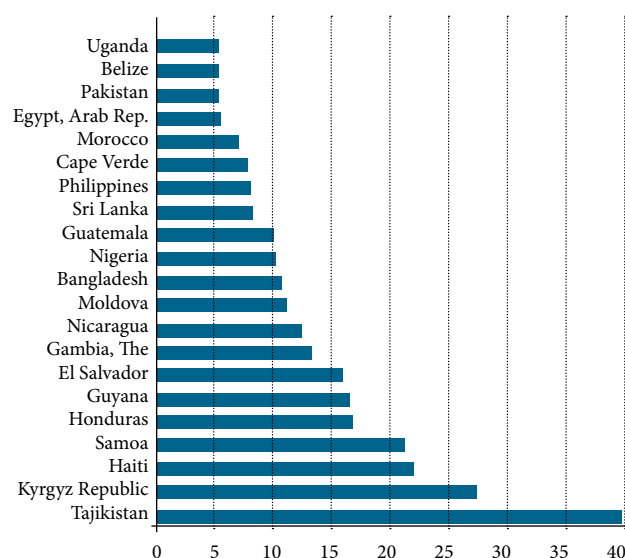
13 Niedrig- und Untere Mitteleinkommensländer, die viele Arbeitsmigranten in Länder der EU schicken, haben spürbare Überweisungseinbußen hinnehmen müssen. Nach einer Phase des starken Wachstums der Überweisungen bis 2008 brachen sie 2009 ein. Sie haben sich bis 2012 nicht wieder auf das Niveau von 2008 erholt.

Tabelle 6: Migrantenüberweisungen 2005 - 10 in % des BIP

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Am wenigsten entwickelte Länder	5.4	5.8	6.0	5.3	6.5	6.4
Niedrigeinkommensländer	5.4	6.6	7.3	8.1	7.9	8.0
Untere Mitteleinkommensländer	4.1	4.1	4.2	4.4	4.3	3.9
Untere und Mitteleinkommensländer	2.0	2.0	2.0	1.9	1.9	1.7
Mitteleinkommensländer	1.9	1.9	1.9	1.8	1.8	1.6
Afrika Südlich der Sahara	1.6	1.9	2.5	2.3	2.5	2.2

Quelle: ODI 2012:9

Grafik 6: Länder mit mehr als 5% - Anteil Migrantenüberweisungen am BIP



Quelle: ODI 2012

Tabelle 7: Migrantenüberweisungen (in Mio. USD)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1 Algerien	1.2	1.3	1.4	1.4	1.3	1.1	1.1	1.0
2 Elfenbeinküste	0,4	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
3 Ägypten	2.4	2.9	3.3	3.0	2.7	2.5	2.6	2.6
4 Äquatorial Guinea	3.0	3.4	3.7	3.7	3.4	3.4	3.6	3.9
5 Gabun	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
6 Mosambik	4.5	5.4	6.7	6.8	6.2	6.4	7.2	7.0
7 Philippinen	1.4	1.8	2.1	2.4	2.4	2.5	2.6	2.8
8 Rwanda	3.0	3.3	4.7	6.0	5.3	5.2	5.6	5.5
9 Seychellen	3.0	2.7	3.9	3.3	3.2	2.7
10 Slowenien	0,9	1.1	1.4	1.9	1.6	1.5	1.7	1.6
11 Sri Lanka	7.9	8.8	10.7	11.8	10.3	10.5	11.5	11.0
12 Tansania	0,4	1.0	1.6	2.5	1.7	2.3	3.0	3.7
13 Sambia	1.2	1.2	1.3	1.4	1.1	1.5	1.4	1.4
Summen	27.4	31.8	41.7	45.5	41.6	41.9	45.4	44.8

Quelle: Weltbank²²

➔ **Schadensmeldung 7** ➔ Rückgang von Direktinvestitionen

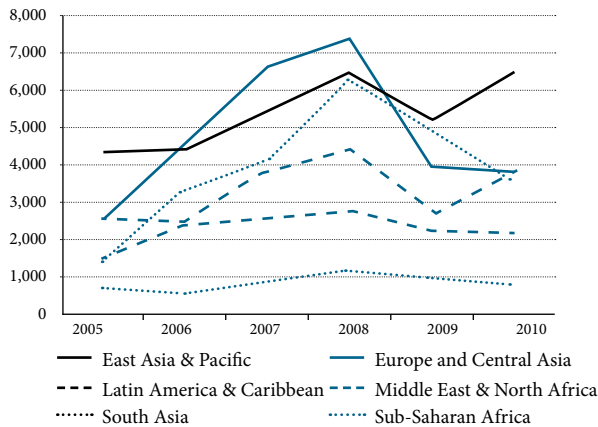
Unter den Finanzflüssen spielen die Auslandsinvestitionen (ADI) eine wichtige Rolle. Investitionen stärken die einheimische Währung, erhöhen die Geldmenge im Lande und den verfügbaren Kredit, verbilligen die Zinsen und erleichtern es dem Staat, im Inland nicht vorhandene Produkte einzuführen. Ein Übermaß an ADI kann allerdings auch die Inflation anheizen, wie nach der Finanzkrise in Brasilien oder Indonesien. Ihr Zu- oder Abnehmen hat daher einen besonders starken Einfluss auf den Konjunkturverlauf eines Landes.

Den Folgen abnehmender ADI aus der EU sind u.a. die sich entwickelnden kleinen Inselstaaten (SIDS²³) ausgesetzt. Die SIDS finanzieren im Durchschnitt 9% ihres BIP über die ADI, Timor Leste und die Solomonen sogar über 30%. Mit je 6% folgen die Niedrigeinkommens- und die rohstoffabhängigen Entwicklungsländer. Unter den Niedrigeinkommensländern sind Liberia, die DR Kongo und Niger mit jährlichen

ADI-Zuflussraten aus der EU von um die 20% besonders anfällig für eine stockende Wirtschaftsentwicklung in der EU. Europäische Investoren tragen mit zwischen 20% und 30% den größten Anteil der Direktinvestitionen in die Niedrigeinkommensländer. Während die Zuflüsse aus aller Welt nach Ostasien/Pazifik und Lateinamerika zunehmen, haben Südasien, Osteuropa und Zentralasien, der Mittlere Osten und Nordafrika sowie Afrika südlich der Sahara stagnierende oder gar abnehmende ADI-Zuflüsse. Die neueren europäischen Zahlen (s. Tab 8) bestätigen diesen Trend. In den afrikanischen Niedrigeinkommensländern sind die Investitionen 2011 zurückgegangen, verursacht durch die Eurokrise. Ein positiver Effekt ist dabei: Europa investierte etwas weniger in Steuerparadiese.

Abflüsse und Transfers: Entwicklungsland zu sein bedeutete in der Regel auch immer per Saldo („Netto“, s. Grafik 9.) mehr Kapital aufgrund von Im-

Grafik 7: ADI-Zuflüsse nach Regionen
(in Mrd. USD)



Quelle: ODI 2012:13

portnotwendigkeiten auszuführen, als Zuflüsse zu erhalten. Das ist einer der Gründe, warum Entwicklungsländer sich so sehr um ADI bemühen und bereit sind, entsprechende Kompromisse mit Investoren zu machen. Grafik 8 versteht unter „Netto“ den Abzug von Steuern und Gebühren für Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer.²⁵

Die Zuflüsse in Entwicklungsländer nehmen im Krisenjahr 2008 stark ab und erholen sich auch in den Folgejahren unter dem Eindruck der Eurokrise nur sehr langsam. Gleichzeitig nehmen auch die Nettokapitaltransfers (2010 insgesamt 859 Mrd. USD)^{26, 27} aus den Entwicklungsländern auf bis zu 900 Mrd. USD zu, fallen wieder auf ca. 500 Mrd., nur um dann Ende 2011 wieder auf gut 800 Mrd. USD anzusteigen. Sieht man diese Entwicklung aus der Perspektive der Schäden, verursacht durch die Eurokrise, ergeben sich:

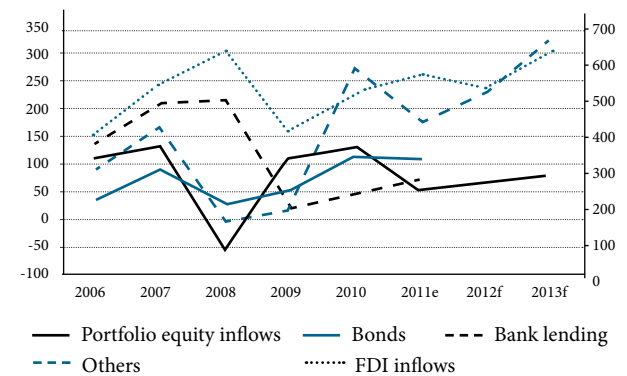
- ca. 100 Mrd. USD geringere ADI Zuflüsse von 2011 auf 2012 und Erreichung des Vorkrisenstands (2007) in 2013;
- keine ausgewiesenen Minderzuflüsse bei Anleihen und „anderen“ Zuflüssen;
- um 150 Mrd. USD verminderte Zuflüsse von Bankkrediten
- ca. 100 Mrd. USD weniger Portfolio-Zuflüsse auf die Finanzmärkte der Entwicklungsländer;
- sowie ca. 250 Mrd. USD mehr Nettokapitalabfluss aus den Entwicklungsländern.

Tabelle 8: Beteiligungen der EU-27 im Rest der Welt (in Mrd. Euro)

	2008	2009	2010	2011
Afrika	29.2	37.3	40.4	38.9
Südafrika	54.9	72.2	75.6	79.5
Südamerika	207.0	229.3	314.4	352.9
Asien	496.7	541.4	652.4	728.2
Indien	18	27	34.8	46.4
Ozeanien	84.9	91.8	127.3	134.2
Steuerparadiese	578.8	659.6	730.5	650.7

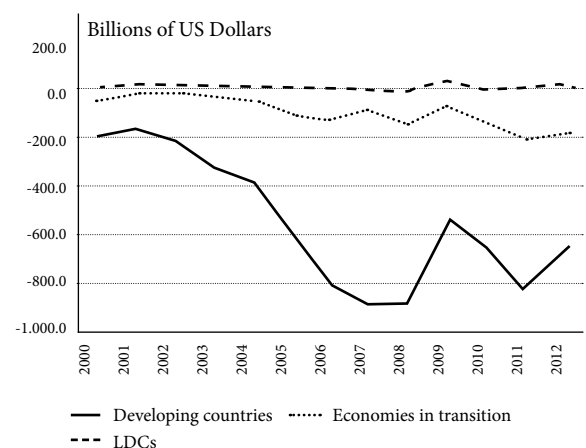
Quelle: Eurostat 2013²⁴

Grafik 8: Nettokapitalflüsse in Entwicklungsländer (in Mrd. USD)



Quelle: ODI 2012:p37

Grafik 9: Nettokapitaltransfer zwischen Entwicklungsländern (in Mrd. USD)



Quelle: UN/ DESA: 2013 p. viii

Die Afrikanische Entwicklungsbank bestätigt einen Verlust an ADI von ca. 23 Mrd. USD pro Jahr (gut 40%) für Afrika von 2009 bis 2012. Ägypten, Libyen und Tunesien hatten bis dato 35% der in Afrika investierten ADI absorbiert. Aufgrund ihrer Lage als europäische Nachbarstaaten sind sie den Folgen eines ADI-Rückgangs aus Europa besonders stark ausgesetzt. Als zusätzlicher Effekt kommt die politische Instabilität infolge des *arabischen Frühlings* hinzu. Die Entwicklungsbank zweifelte daran, dass China und andere Schwellenländer diesen Rückgang der ADI abfedern können.²⁸

Übertragung der Eurokrise durch europäische Banken: Ein wichtiger Übertragungsweg der Krise in die Entwicklungsländer sind die europäischen

Banken. Im September 2005 standen ca. 1,5 Billionen USD ausstehende Kredite an die Entwicklungsländer in ihren Büchern. Bis 2011 hatte sich dieser Betrag mehr als verdoppelt auf 3,5 Billionen USD. Am stärksten exponiert sind sie in Osteuropa, Asien und dem Pazifik, viel weniger dagegen im Mittleren Osten und Afrika. Dennoch machen europäische Bankkredite etwa 25% aller Ausleihen an den afrikanischen Privatsektor aus. Sie stellen über die Hälfte des Bankkapitals in Ländern wie Mosambik, Angola, Ghana, Kamerun, Ruanda, Sambia und Tansania. Insbesondere der Telekommunikationssektor ist stark beliehen (ODI 2012:15).

➡ **Schadensmeldung 8** ➡ **Kapitalzuflüsse sinken**

Im Falle einer stärkeren Beteiligung der europäischen Banken an der Finanzierung der europäischen Staatsschulden werden die Institute ihre Niederlassungen verkaufen. Für diesen Fall sollten die Eigentumsveränderungen so gestaltet werden, dass sie die einheimischen Finanzsektoren nicht in Mitleidenschaft ziehen.

Anfälligkeit für langsames Wachstum in China: Besondere Sorge um die Konjunktur in den Entwicklungsländern bereitet ein mögliches Erlahmen der Nachfragekraft der aufstrebenden Ökonomien der BRICSAM-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Argentinien und Mexiko). Chinas Wachstum fiel von 10,4% in 2010 auf 9,2% in 2011, eine weitere Reduzierung für 2012 auf 8,2% ist vorhergesagt, bevor 2013 eine leichte Erhöhung auf 8,8% eintreten soll. Der Anteil der Exporte der Niedrig- und Unteren Mitteleinkommensländer nach China nimmt stetig zu, während er in die EU ebenso stetig abnimmt. Bereits seit 2005 bzw. seit 2008 beziehen

diese Entwicklungsländer einen höheren Anteil ihrer Importe aus den BRIC-Ländern als aus der EU, wobei der chinesische Anteil kontinuierlich zunimmt. Es hängen aber weiterhin 17 Niedrig- und Untere Mitteleinkommensländer mit 25% bis 95% vom Import oder Export in die EU ab (ODI, 2012:4/5).

13 Länder aus dieser Gruppe haben seit 2005 kontinuierlich wachsende Handelsbeziehungen mit China. Die Statistiken zeigen keine Einschränkungen dieses Handels nach der Finanzkrise. Auch seine ausländischen Direktinvestitionen erweiterte China kontinuierlich in dieser Ländergruppe von 234 Mio. USD im Jahr 2005 auf 2,74 Mrd. USD in 2010, wobei lediglich in 2008 eine kleinere Erhöhung als in den anderen Jahren stattfand. Daraus lässt sich schließen, dass während der Krise sowohl der Handel als auch die Direktinvestitionen Chinas für die Entwicklungsländer eine schockmindernde Wirkung entfalteten.

➔ Schadensmeldung 9 ➔

Leistungsbilanzverluste

Das langsamere BIP-Wachstum Chinas wird mit dem Nachlassen der Nachfrage nach chinesischen Waren aus der EU erklärt. Von der Verlangsamung des Wachstums in China werden die chinesischen Direktinvestitionen betroffen sein. Das würden dann Angola, die DR Kongo, Niger, Myanmar, Kambodscha und Laos zu spüren bekommen, weil sie 80% der chinesischen Direktinvestitionen in Niedrigeinkommensländer auf sich vereinigen (ODI, 2012²⁹).

Indikatoren der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit

Um der Ansteckung durch eine wirtschaftliche Krise zu widerstehen, ist es gut, wenn ein Land über einen guten **Leistungsbilanzüberschuss** verfügt, also mehr exportiert als es importiert und daher auch über ausreichend **Devisenreserven** verfügt. Eine geringe **Auslandsverschuldung** ist ein weiterer wichtiger Indikator für Widerstandsfähigkeit ebenso wie ein komfortabler **Haushaltsüberschuss**, der Spielraum für wirtschaftspolitische Alternativen eröffnet. Schaut man aus der Perspektive der durch die Finanz- und Eurokrise angerichteten Schäden auf diese vier Faktoren, so ergibt sich ein unterschiedliches Bild. Generell erlebten die Niedrig- und Unteren Mitteleinkommensländer ein stetiges und gutes Wachstum zwischen 2002 und 2007 und waren 2008 daher in der Lage, Einbrüche abzufedern und vom wieder einsetzenden, allerdings schwächeren Wachstum 2009 und 2010 zu profitieren. Die Eurokrise 2011 traf dann viele Länder in einer Situation geschwächter Reserven.

Leistungsbilanzen: Die Leistungsbilanzen bilden den internationalen Handel unmittelbar ab (s. Grafik 3). Bei Entwicklungsländern ist nach Vorgaben des IWF ein Leistungsbilanzdefizit von 3% als normal zu betrachten, denn diese Länder werden zur Diversifizierung ihrer Wirtschaft i.d.R. höhere Ein- als Ausfuhren haben.

Die Eurokrise hat in afrikanischen Ländern südlich der Sahara das Leistungsbilanzdefizit von 6% auf über 10% getrieben (in Liberia und Tschad auf über 30% bzw. 40%) in Ostasien und dem Pazifik von 2% auf 4% und in Nordafrika auch zum Teil durch den arabischen Frühling bedingt von +4% auf -6%. 13 afrikanische Niedrigeinkommensländer haben 2010 ein gegenüber 2007 stark gewachsenen Leistungsbilanzdefizit, acht davon liegen über 10% (ODI, 2012:18).

Devisenreserven: Ihre Höhe wirkt sich stark auf den Wechselkurs eines Landes und seine Importkapazität aus. Der IWF empfiehlt den Entwicklungsländern den Gegenwert der Rechnungen von mindestens zwei Monaten Importkosten an Devisen in Reserve („harte“ Währungen, Gold, IWF-Sonderziehungsrechte) zu halten. Die Zahlen legen den Schluss nahe, dass die Regierungen fast²⁹ aller Niedrigeinkommensländer die Politik der Erweiterung ihrer Devisenreserven sehr diszipliniert verfolgt haben, denn diese wurden trotz der Krisen in fast allen Ländergruppen und Regionen auf die Höhe der Kosten einer vier- bis fünfmonatigen Importrechnung des jeweiligen Landes erweitert (ODI 2012:17-20). Das bedeutet, die Politik dieser Länder hat harte Nicht-Einfuhrentscheidungen oder hohe Importzölle durchgesetzt und ihre Devisenreserven für noch härtere Zeiten angespart.

➔ Schadensmeldung 10 ➔

Zunahme der Verschuldung

Über die Schäden, die im Rahmen der Aufstockung von Devisenreserven durch die Nicht-Einfuhr von Medikamenten, technischen Instrumenten, Öl und Energie, nicht vorgenommene Krankenhaus- oder Infrastrukturmodernisierungen etc. entstanden sind, liegen keine Daten vor. Legt man aber z.B. die Importrechnung eines Monats aus dem Jahr 2011 von allen mit der EU besonders verbundenen afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten in Höhe von 37 Mrd. USD oder die Monatsimportrechnung aller Niedrigeinkommensländer in Höhe von 17 Mrd. zugrunde, wird deutlich, welche Opfer diese Länder sich für die Erweiterung ihrer Devisenreserven auferlegen mussten.^{30, 31}

Auslandsschulden: Der IWF hält eine Obergrenze von 60% des BIP für eine tragfähige Schuldenhöhe. Fünf Niedrig- und elf Untere Mitteleinkommensländer lagen 2010 z.T. erheblich über dieser Grenze. Zehn davon sind erst nach 2007 in diese Situation geraten. Zuvor hatten sie z.T. signifikant niedrigere Schuldenstände.

Bei den Komoren, Guyana, Armenien, Mauretanien, Nicaragua, Moldau und der Ukraine ist es offensichtlich, dass sie sich auch aufgrund der Rezession in der EU zu höherer Neuverschuldung gezwungen sahen. Viele Länder haben trotz des ausbleibenden Wirt-

schaftswachstums oder eingebrochener Exporte keine neuen Kredite aufgenommen, weil sie sonst in Gefahr geraten wären, die von IWF und Weltbank eifrig bewachte Schulden tragfähigkeitsgrenze zu überschreiten. Auch hier wird manche Investition in die Infrastruktur oder die Produktivität eines Landes unterblieben sein, weil in der Krise die Voraussetzungen dafür fehlten.

Haushaltsdefizite: Der IWF verlangt von seinen Mitgliedern, ihre Haushalte so zu bewirtschaften, dass sie nicht mehr als 2% Neuverschuldung p.a. aufweisen. 2006 erzielten die allermeisten Entwicklungsländer einen Haushaltsüberschuss, ein fast historisches Datum! Diese Situation verschlechterte sich in den Folgejahren für fast alle Entwicklungsländergruppen. Haushaltsüberschüsse konnten einzig von den kleinen Inselstaaten (12%, 2007 und 2008) sowie von den am wenigsten entwickelten Staaten (zwischen 8% und 6%, 2007 und 2008) erwirtschaftet werden. Die Haushalte der Niedrigeinkommensländer und der vom Rohstoffexport abhängigen Länder schlossen 2009 mit Defiziten von über 4% ab. Ab 2010 gelten unterschiedlich starke Verschlechterungen je nach Datenbasis (IWF oder Weltbank) für alle Entwicklungsländer (außer den ostasiatischen Staaten und den Ländern im Pazifik (ODI 2012:23), also insgesamt einer Gruppe von ca. 90 Ländern. Diese

Grafik 10: Auslandsschulden ausgewählter Länder 2007 – 2010 (in % vom BIP)

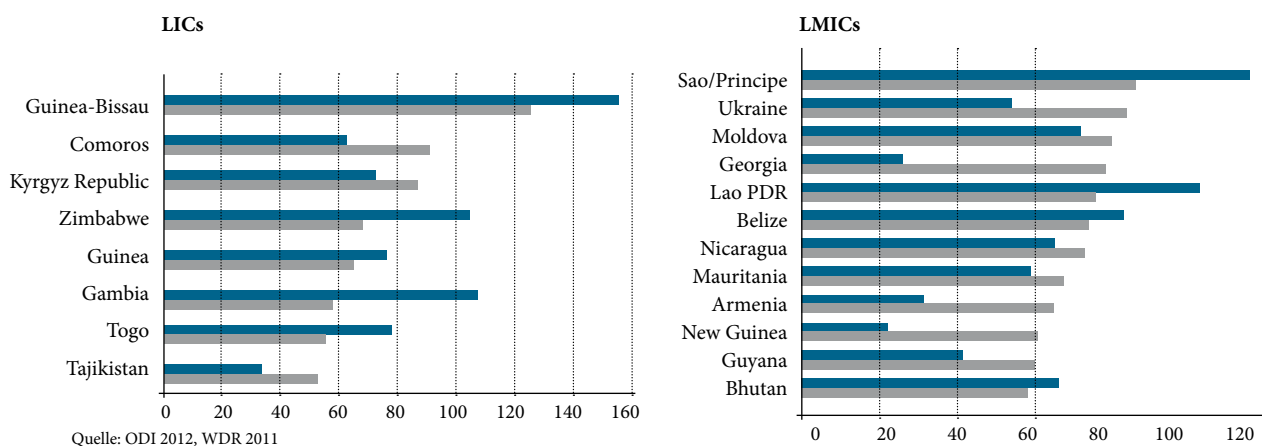


Tabelle 9: Zunahme der Staatsdefizite

Region/Land		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Alle Schwellen- und Entwicklungsländer	Staatseinkommen in % des BIP	28.6	29.4	26.2	27.1	28.3	28.3	27.9
Alle Schwellen- und Entwicklungsländer	Staatsausgaben in % des BIP	27.4	28.6	30.3	29.7	29.5	29.7	29.3
Afrika Südlich der Sahara	Staatseinkommen in % des BIP	27.7	29.5	24.2	25.3	28.3	27.3	27.2
Afrika südlich der Sahara	Staatsausgaben in % des BIP	26.5	28.7	29.6	29.0	29.8	29.6	28.4
Elfenbeinküste		-1	0	-0,2	0,9	-1,5		
Marokko		0,6	2,5	2	1	-2,5		
Guyana								
Nigeria		-0,8	-2,1	-1,6				
Madagaskar		-0,4	-2,6	-1,9				
Kap Verden		-1,9	2,1	2,4	-3,6			
Ukraine		-1	-0,9	-1,4	-5,6	-6,5	-2,2	
Moldau		0,2	-0,3	-0,4	-5,9	-2,5	-2,5	
Kambodscha		-1,7	-0,8	-0,3	-2,3	-3,7	-4,2	
Sri Lanka		-6,9	-6,5	-6,5	-8,9	-7,2	-6,4	

* Eigene Berechnungen, Quellen: WB, World Development Indicators³², CIA World Factbook³³

breite Verschlechterung der Haushalte erklärt sich einzig aus dem Auftreten der Finanz- und später der Eurokrise.

Fehlende Haushaltsmittel schlagen sofort auf Sozial- und Entwicklungsmaßnahmen und auf die Umweltpolitik eines Landes durch. Wie aus Tabelle 8 ersichtlich, nehmen die Defizite 2011 in Prozent des BIP zu, allerdings nicht mehr so stark wie direkt nach der Finanzkrise 2008. Geht man davon aus, dass 100

Entwicklungsländer ca. fünf Billionen USD Wirtschaftsleistung erwirtschaften, bedeutet jedes Prozent Mindereinnahmen in Höhe von 50 Mrd. USD für das Staatseinkommen. Tabelle 9 zeigt die Höhe der Haushaltsdefizite einiger Länder, die vom Einbruch des Handels mit der EU besonders betroffen sind (s. Tab. 2). Die drastischsten Haushaltsdefizite mussten Sri Lanka, die Ukraine und Kambodscha hinnehmen.

➡ **Schadensmeldung 11** ➡ Einbruch der Entwicklungshilfe

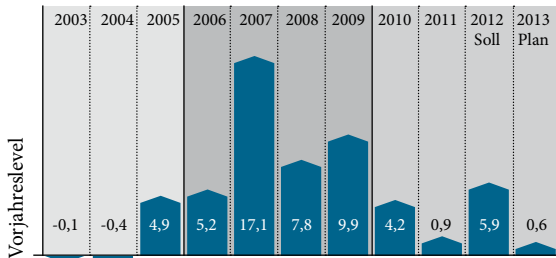
Zusätzlich zu den beschriebenen Einschränkungen und Schäden reduziert die Eurokrise die Fähigkeit vieler Geberländer, ihre Ziele zur Mobilisierung von Entwicklungshilfe zu verwirklichen. In Deutschland haben verschiedene Bundesregierungen lange Zeit am sog. ODA-Stufenplan festgehalten, um bis 2015 über schrittweise Erhöhungen 0,7% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen. Und wirklich sind bis 2011 Aufwüchse des BMZ- Etats (s. Grafik 11) zu verzeichnen, auch wenn sie zunehmend

moderater ausfielen und das 0,7%-Ziel nicht erreicht hätten. Für 2012 und 2013 war jeweils ein Soll von plus 5,9% und plus 0,9% geplant. Der Entwicklungsetat musste 2012 aber erstmals eine Reduzierung der ursprünglichen Etatansätze um 85 Mio. Euro und für 2013 um 124 Mio. Euro hinnehmen.³⁴ Von 2010 bis 2013 ist der Haushalt des BMZ um insgesamt 7,4% gestiegen, in den vier Jahren davor allerdings um 38,8%. 2014 soll der Etat um 400 Mio. Euro sinken und auf diesem Niveau bis 2016 verharren.³⁵

Grafik 11: Trends in der Entwicklungshilfe

Zuwachsraten des BMZ-Etats (2003 - 2013)

Veränderung des BMZ-Haushalts (Einzelplan 23) gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Quelle: TDH/DWHH 2012

Bei den Euro- und den EU-Ländern bilden die Zahlen (s. Tab. 10) den Einschnitt durch die Krise ab 2008 deutlich ab, der außer in 2009 von anderen Geberländern 2010/2011 wieder aufgefangen wurde.

Prognose der Entwicklung der ODA: Das Entwicklungskomitee der OECD versucht die Vorhersagbarkeit von Entwicklungshilfe zu verbessern. Zu diesem Zweck sammelt es Planungsdaten der Geber von offizieller Entwicklungshilfe. Es konzentriert sich dabei auf die Listung der geplanten Mittel, die auf

Tabelle 10: Netto-Entwicklungshilfe 1995-2011 (Mrd. USD)

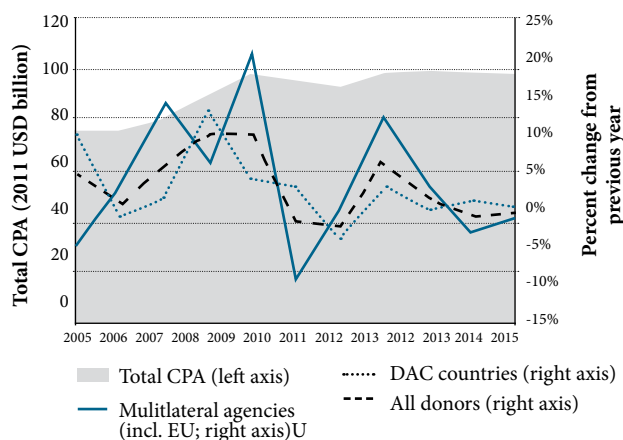
	1995 - 1996	2000 - 2001	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,5	5,0	12,3	13,9	12,1	12,9	14,1
Alle €-Länder	24,6	17,9	44,7	51,9	48,5	49,2	49,7
EU-Geberländer	31,4	25,8	61,5	70,9	67,2	69,6	72,0
Total DAC	57,4	53,3	104,2	121,9	119,7	128,4	134,0

Quelle: OECD/DAC

Entwicklungsländerebene zur Verfügung stehen sollen, auch *Country Programmable Aid (CPA)* genannt. Nach Meinung des Entwicklungskomitees haben sich die CPA-Daten als belastungsfähiges Instrument der Vorhersage erwiesen. Der ehemalige Chef des Entwicklungskomitees der OECD, Brian Atwood, zeigte Mitte 2012, dass bereits 2011 um 2,4% oder 2,3 Mrd. USD weniger verfügbare Mittel als geplant auf der Länderebene zur Verfügung gestanden hatten. Er fürchtete, die CPA werden ab 2013 stagnieren.³⁸ Grafik 12 zeigt, dass die Zuwächse bei den CPA bis 2012 drastisch zurückgehen und sich 2014 und 2015 bei knapp über Null einpendeln. Da die CPA ca. 56%

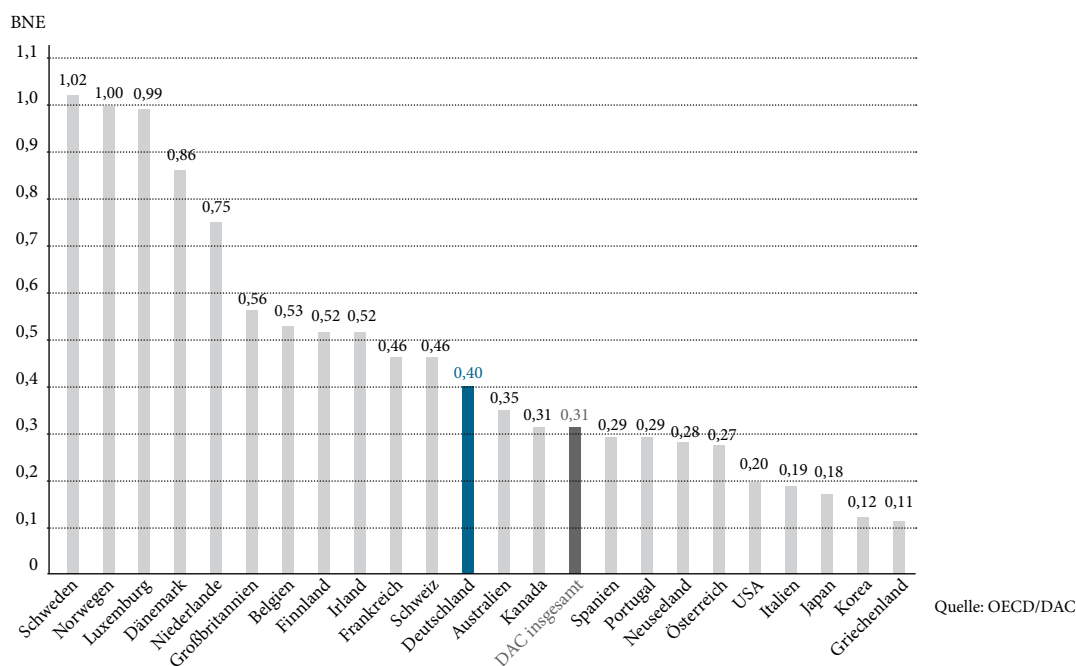
Hoffnung auf mehr ODA – Innovative Finanzierungsmöglichkeiten Seit mehr als einem Jahrzehnt setzen verschiedene Bundesregierungen ihre Hoffnung auf innovative Finanzierungsmechanismen, u.a. auf Emissionszertifikate, um zusätzliche Mittel für die ODA bereitzustellen. Der Verkauf von Emissionszertifikaten hat die Hoffnungen bisher nicht erfüllt, die Preise für die Zertifikate liegen z.Z bei ca. 4 Euro.³⁶ Netzwerke der deutschen Zivilgesellschaft fordern, die Hälfte des Aufkommens aus den Emissionszertifikaten der Anpassung an die Klimaveränderungen und der Entwicklung erneuerbarer Energien zuzuführen, gegenwärtig sind es nur 18,3%. Die Aufkommensvorhersagen stimmen nicht optimistisch. Der Energie- und Klimafonds (EKF) hat zu viele Aufgaben und zu wenig Aufkommen, daher ist nicht mit ins Gewicht fallenden Beiträgen für die Entwicklung und Armutsbekämpfung zu rechnen. Seit 2006 sind aus dem Vermögen 475 Mio. Euro freigegeben worden.³⁷

Grafik 12: CPA Höhe und Veränderung 2005 -15



Quelle: OECD/DAC

Tabelle 11: Die Geber im Vergleich, Anteil ihre ODA am BNE



der Gesamt-ODA ausmachen, ist von einer Stagnation bei den OECD-Gebern auszugehen.³⁹ Das ist eine beunruhigende Entwicklung für die Armen dieser Welt, denn sie weist auf eine Trendumkehr hin.

Mitte Januar 2013 beschloss der Europäische Rat die Entwicklungshilfe im EU-Haushalt von 2014 bis

2020 um insgesamt 6,3 Mrd. Euro, also 900 Mio. Euro pro Jahr zurückzuführen. Die Finanz- und die Eurokrise haben diese Trendumkehr ausgelöst. Global wird die Entwicklungshilfe ab 2013 stagnieren. Damit wird erheblicher finanzieller Schaden für das globale öffentliche Gut der Entwicklung angerichtet.

Fazit

Der Befund ist eindeutig: Die Krise der EU und der Eurozone hat beträchtliche negative Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Zwar konnte infolge des Rohstoffbooms und der damit verbundenen hohen Wachstumsraten vor 2008 der Schock der Finanzkrise etwas abgemildert werden. Als dann aber die Krise in der Eurozone 2010 ausbrach, traf sie auf eine bereits geschwächte Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften des Südens. Auch wenn es zunehmend Verlagerungstendenzen gibt und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den BRICs-Staaten – und hier vor allem mit China – auf Kosten der Beziehungen mit der EU zunehmen, ist dies ein schmerzhafter Anpassungsprozess für die Entwicklungsländer.

Da ein Ende der Krise in der EU und der Eurozone nicht absehbar ist, werden die negativen Krisenfolgen für die Entwicklungsländer anhalten. Deshalb ist die Verwendung der Einnahmen der Finanztransaktionssteuer auch für Umwelt und Entwicklung im Sinne des Verursacherprinzips eine Verpflichtung für Europa. Die Übernahme von Verantwortung für die Auswirkungen der europäischen Krise auf Dritte sind zudem kein Akt der Uneigennützigkeit, sondern faire Beziehungen zu den Entwicklungsländern liegen auch im langfristigen Interesse der EU selbst.

Fußnoten:

- ¹ OECD, Brian Atwood: The Eurozone Crisis and its impact on ODA, Paris 2012
- ² ODI 2012: The euro zone crisis and developing countries
- ³ Schalatek, Liane/ Nakhoda, Smita Climate (2012): Finance Fundamentals. The Green Climate Fund. London, Washington. http://www.deutscheklimafinanzierung.de/wp-content/uploads/2012/11/CFF11_GCF.pdf
- ⁴ DRAFT REPORT on the impact of the financial and economic crisis on human rights. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-496.475+01+DOC+PDF+V0//EN&language=EN>
- ⁵ http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/enhanced_cooperation_de.htm
- ⁶ Belgien, Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und Slowakei (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/eco-fin/134949.pdf)
- ⁷ Hätten sich alle 27 EU-Länder dem Vorschlag angeschlossen, hätte man von einem Aufkommen von bis zu 57 Mrd. Euro ausgehen können, DIW 2012 (Dorothea Schäfer und Marlene Karl): Ökonomische und fiskalische Effekte der Einführung einer Finanztransaktionssteuer für Deutschland
- ⁸ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/vorreiter-elf-staaten-schwoeren-auf-eine-finanzsteuer/7784054.html>
- ⁹ <http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/elf-eu-staaten-wollen-finanztransaktionssteuer-007128>
- ¹⁰ Peer Steinbrück: Vertrauen zurückgewinnen: Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte 25. September 2012 http://www.spd.de/scalableImageBlob/77088/data/20120926_steinbrueck_papier-data.pdf
- ¹¹ <http://www.steuer-gegen-armut.org/politisches/deutschland/parteien/wahlkampf-2013.html>
- ¹² IWF: World Economic Outlook Update 2013 “Gradual Upturn in Global Growth During 2013” (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/update/01/index.htm>) und UN/DESA: World Economic Situation and Prospects 2013 “The world economy is on the brink of another major downturn” (<http://www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/index.shtml>)
- ¹³ UN/DESA WESP 2013 p.6 (http://www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/wesp_current/wesp2013.pdf)
- ¹⁴ <http://blogs.worldbank.org/prospects/global-economic-growth-to-remain-modest-despite-lower-risk-of-a-global-downside-event-and-improved-f?page=2>
- ¹⁵ <http://www.brookings.edu/research/opinions/2011/09/23-african-currency-kamau>
- ¹⁶ ECLAC, Latin America and the Caribbean in the World Economy-Continuing crisis in the centre and new opportunities for developing economies 2011-2012 http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/6/47986/Paninsal_ING.pdf
- ¹⁷ http://www.finanzen.net/devisen/us_dollar-philippinischer_peso-kurs
- ¹⁸ ODI 2012: 8
- ¹⁹ http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1322593305595/8287139-1326374900917/GEP12a_SSA_Regional_Annex.pdf
- ²⁰ http://dtxtq4w60xqpw.cloudfront.net/sites/all/files/docpdf/unwtohighlights12enlr_1.pdf
- ²¹ World Bank Global Economic Prospects 2012
- ²² Remittances and Migration Data <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:22759429~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html>
- ²³ Small Island Developing States
- ²⁴ http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-11_en.htm
- ²⁵ Die Grafik ist kein Resultat von Saldierung, wie Grafik 9. Es lassen sich parallele Entwicklungen aus den Grafiken 8 und 9 ablesen
- ²⁶ Global Financial Integrity Report 2012 <http://iff.gfintegrity.org/iff2012/2012report.html>

- ²⁷ Die wichtigsten Gründe für den Nettokapitalabfluss aus den Entwicklungsländern sind: a) Inflation (über 10% u.a. in Nigeria, Angola, DR Kongo, Burundi, Äthiopien, Guinea, Sierra Leone, Sudan und South Sudan, Tansania), instabile wirtschaftliche und politische Verhältnisse, Investitionsmöglichkeiten zu risikoreich, b) Repatriierung von Anlage- und Investitionsgewinnen, Rückführung von Kapital, c) Ausfuhr von Schwarzgeld aus Korruption, Drogenhandel, Verbrecherprofite aller Art, Steuerhinterziehung d) Abflüsse durch überzogen hohe Rechnungen für Ausgangs- und Zwischenprodukte von Konzernmüttern an nationale Töchter für lokale Produktion zur Rechtfertigung legaler Überweisungen.
- ²⁸ AfDB Tunis 2011: AfDB Brief, S.8
- ²⁹ außer Ruanda, Uganda, Komoren, Laos, Nigeria und Indien, (World Bank, 2011 WDI)
- ³⁰ http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/country-cooperation/index_en.htm
- ³¹ http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/statis_bis_e.htm
- ³² <http://databank.worldbank.org/data/views/variableselection/selectvariables.aspx>
- ³³ <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2001rank.html>
- ³⁴ <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1054382>
- ³⁵ TDH/DWWH 2012, S.6
- ³⁶ <http://www.argusmedia.com/Emissions/Argus-European-Emissions-Markets>
- ³⁷ <http://germanwatch.org/fr/download/2759.pdf>
- ³⁸ OECD/DAC, Brian Atwood 2011: The Euro Crisis and its impact on ODA
- ³⁹ OECD (DCD-DAC, 2012: Development: Aid to developing countries falls because of global recession

Ressourcen:

1. AfDB Brief: The impact of the US credit rating downgrade and the European debt crisis on Africa, Tunis 2011
2. AfDB Tunis 2011: AfDB Brief, S.8
3. BMF-Website 2012: Verursacher an den Kosten der Krise beteiligen
4. Brookings Foundation: brookings.edu/research/opinions/2011/09/23-african-currency-kamau
5. Datenbasis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
6. Datenbank der Weltbank: World Development Indicators
7. Datenbasis CIA : World Fact Book
8. Datenbasis der WTO: http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/statis_bis_e.htm
9. Datenbasis der Weltbank: <http://siteresources.worldbank.org>
10. DIW (Schäfer, Karl), Berlin 2012, Finanztransaktionssteuer Ökonomische und fiskalische Effekte der Einführung einer Finanztransaktionssteuer für Deutschland
11. ECLAC, Latin America and the Caribbean in the World Economy-Continuing crisis in the centre and new opportunities for developing economies 2011-2012
12. EED/Oxfam-D/Südwind (Hauschild, Lanzet, Morazan, Schäfer),: Blending: A new face in Official Development Finance, Bonn 2012
13. EU Glossar zu „Verstärkte Zusammenarbeit“, http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/enhanced_cooperation_de.htm
14. EUROPEAN PARLIAMENT, 2012, Draft report on the impact of the financial and economic crisis, 2012/2136 (INI)
15. Germanwatch: Sondervermögen Energie und Klimafonds, Sept. 2012
16. Global Financial Integrity Report 2012
17. IMF: 2012 Spillover Report
18. IMF: Regional Economic Outlook, Sub Saharan Africa, 2012
19. IMF: World Economic Outlook Update 2013 “Gradual Upturn in Global Growth During 2013”
20. IMF: World Economic Outlook, 2013 update
21. ODI, (Massa, Keane Kennan): The euro zone crisis and developing countries, London 2012
22. OECD, Brian Atwood: The Eurozone Crisis and its impact on ODA, Paris 2012

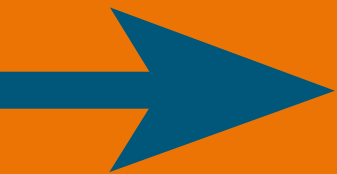
23. OECD/DAC, Brian Atwood 2011: The Euro Crisis and its impact on ODA
24. OECD (DCD-DAC, 2012: Development: Aid to developing countries falls because of global recession
25. Peer Steinbrück: Vertrauen zurückgewinnen: Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte
26. Schäuble, Wolfgang, Sept. 2012 Vortrag: Auf dem Weg aus der Krise – Was haben wir gelernt? Was muss sich ändern?“
27. Südwind (Morzan, Dr. P): Von der Krise gleich mehrfach getroffen, Siegburg 2012
28. TdH/DWHH (J. Martens) 2012 : Wirklichkeit der Entwicklungspolitik II, Bonn 2012
29. UN/DESA: World Economic Situation and Prospects 2013 “ The world economy is on the brink of another major downturn”
30. UNCTAD Trade and Development Report 2012
31. UNCTAD, James Zhan: Regional Integration and Foreign Direct Investment, 2013
32. UNWTU, Tourism Highlights, 2012 Edition
33. Weltbank:blogs.worldbank.org/prospects/global-economic-growth-to-remain-modest-despite-lower-risk-of-a-global-downside-event-and-improved
34. World Bank Global Economic Prospects 2012, Daten zu Migration und Überweisungen

Abkürzungen, Glossar:

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
CFA	<i>Communauté Financière Africaine</i> (CFA- Franc) Länder, die den direkt an den Euro gebundenen Franc CFA als Zahlungsmittel verwenden
CPA	<i>Country Programmable Aid</i> , auf der Ebene eines Entwicklungslandes verfügbare Mittel der Entwicklungshilfe
EKF	Sondervermögen: Energie und Klimafonds
EZB	Europäische Zentralbank
FTS	Finanztransaktionssteuer
G20	Gruppe der 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen
IWF (IMF)	Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund)
LIC	<i>Low Income Country</i> (Niedrigeinkommensland)
LLDC	<i>Least Developed Country</i> (Land in der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder)
LMIC	<i>Lower Middle Income Country</i> (Land in der Gruppe der Unteren Mitteleinkommensländer)
ODA	Official Development Assistance, Entwicklungshilfe
OECD- DAC	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - Entwicklungskomitee
UN/DESA	Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Ökonomischen und Sozialen Komitee (ECOSOC) der Vereinten Nationen
UNCTAD	United Nations Trade and Development Organization
USD	US Dollar

Über den Autor:

Peter Lanzet ist Sozialwissenschaftler und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Entwicklungspolitik. Er arbeitete lange Zeit für den *Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)* in Bonn und hat dort vor allem die Arbeit der multilateralen Institutionen Weltbank und IWF verfolgt. Er lebte und arbeitete mehrere Jahre in Indien und ist heute als Berater für *Brot für die Welt* tätig.



www.steuer-gegen-armut.org

